Wenn Volkswagen dich zweimal betrügt

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2017

Eine bessere Steilvorlage für die ideologischen Autofeinde konnte man gar nicht liefern. Auch in Deutschland kam so mancher Kunde zu dem Schluss: Wer Freunde wie VW hat, der braucht keine Feinde. Inzwischen brechen die Diesel-Verkaufszahlen ein und derjenige, der seinen Gebrauchten verkaufen will, muss herbe Verluste hinnehmen.
In den USA werden VW-Besitzer von Schummel-Dieseln entschädigt und bekommen großzügige Garantien; in Deutschland müssen enttäuschte Kunden vor den Kadi ziehen und ihr Recht selbst durchfechten (In den USA drohen den Beteiligten hohe Haftstrafen, Teile des VW-Top-Managements meiden das Land, wie der Teufel das Weihwasser).
Nachdem Volkswagen sich also erfolgreich an der Enteignung seiner Kunden beteiligt hat und inzwischen sogar Fahrverbote für Diesel drohen, setzt sich Volkswagen-Chef Matthias Müller jetzt an die Spitze der Diesel-Gegner und fordert ein Ende der sogenannten „Diesel-Subventionen“: *„Das Geld könnte sinnvoller in die Förderung umweltschonender Antriebstechniken investiert werden. Abstriche bei den Diesel-Subventionen, dafür Anreize für Elektroautos, wären das richtige Signal“*, so der Konzernchef im „Handelsblatt“. Die Umschichtung könne schrittweise erfolgen.

Stamokap-Müller hält die Hand auf

Vielleicht sollte man aber erst einmal schrittweise schildern, was hier tatsächlich abgeht. Zunächst mal grundsätzlich:

- Der Staat subventioniert in Deutschland mitnichten das Auto. Die Autofahrer subventionieren den Staat. Deutschland nimmt, je nachdem, was man mit einbezieht, zwischen gut 50 und rund 80 Milliarden Euro pro Jahr durch Kfz-bezogene Steuern und Abgaben ein. Nur ein kleiner Bruchteil (19 Milliarden) davon fließt in die Straßen, die sie benutzen (Schlaglochpisten und marode Autobahnbrücken künden davon landesweit).
- Der Steuersatz für Diesel ist in Deutschland lediglich etwas niedriger als der für Benzin. Derzeit kassiert der Staat demnach 47,04 Cent pro Liter Diesel, beim Benzin sind es 65,45 Cent (die Mehrwertsteuer kommt noch hinzu).

Auf gut Deutsch: Volkswagen-Chef Müller fordert Steuererhöhungen für diejenigen Kunden, die ihm in den vergangenen Jahren in gutem Glauben einen Diesel abgekauft haben.
Es kann keine Rede von einem marktwirtschaftlichen Gedanken sein, der auf die Schädlichkeit von Subventionen abzielt. Ganz im Gegenteil. Das was die Diesel-Fahrer künftig als Steuererhöhung abdrücken müssen, soll an die Käufer von schicken – aber offensichtlich ohne Staatsknete nicht marktfähigen – Elektroautos umverteilt werden.

Als nächstes liegt in einer solchen Planwirtschaft der Gedanke nahe, Verbrennungsmotoren ganz zu verbieten. Spätestens wenn die Kunden ihren Diesel-VW per Gesetzes-Dekret und Fahrverbote auf den Schrott werfen und gezwungenermaßen zum Elektro-VW greifen, ist die Planwirtschaft perfekt. Und Stamokap-Müller hält wieder die Hand auf.
Wer ernsthaft annimmt, dieser Vorstoß sei nicht politisch abgestimmt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann. Von Merkel bis Dobrindt wird ja gerade sehr erstaunt getan, aber eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Volkswagen-Chef, zu dessen Großaktionären das Land Niedersachsen zählt, so eine Bombe ohne politische Rückendeckung hochgehen lässt. Und auch der Politiker, der sich eine solche Steilvorlage für Steuererhöhungen entgehen lässt, muss wohl erst geboren werden.
Die Grünen und die der Weltrettung verpflichteten Medien jubeln bereits. Euphemistische Formulierungen wie „Diesel-Privileg“ werden kritiklos weitergegeben oder auch Einlassungen, wie die der Präsidentin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger. „Dieselfahrer zahlen pro Liter Kraftstoff 18,4 Cent weniger als bei Benzin. Den Staat kostet diese Subventionierung mittlerweile 7,8 Milliarden Euro“.

Diesel-Fahrer zahlen dem Staat Milliarden – nicht umgekehrt

Pardon, Frau Krautzberger, kleiner Hinweis, um dem Denken die richtige Richtung zu geben: Die deutschen Diesel-Besitzer zahlen dem Staat rund 20 Milliarden Euro – und den Staat kosten sie gar nix.
Künftig werden politische Rechenkünstler und ideologische Autofeinde sich jedenfalls auf den VW-Big-Boss-himself Matthias Müller berufen und ohne rot zu werden, das gleiche verkünden wie Grünen Fraktionsvize Oliver Krischer: „Wenn Autobosse das jetzt schon fordern, müssen Abbau von Diesel-Subvention und Blaue Plakette das Programm der nächsten Bundesregierung werden.“
Es handelt sich letztendlich um einen politischen Deal, der ein bisschen an die „Refugees-Welcome“ Phase von Daimler-Boss Dieter Zetsche erinnert. Die Flüchtlingskrise strebte gerade ihrem Höhepunkt entgegen, da sprach Zetsche auf der Frankfurter IAA zur Zuwanderung und wohl auch zum Nutz und Frommen von Angela Merkel:
„… im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.“
Bis heute ist allerdings keine erwähnenswerte Zahl der Hoffnungsträger in deutschen Dax-Unternehmen untergekommen. Die letzten veröffentlichen Zahlen lagen um die 50.

So eine Art Auto-Obama

So herrscht ein munteres Geben und Nehmen zwischen Politik und Top-Management, wobei man nie wissen kann, über welche Bande gerade gespielt wird. Nach dem Prinzip ”If you can’t beat them, join them“, hat sich Volkswagen offenbar entschlossen, wieder in die Weltretter-Manage

einzumarschieren. Bevor der Diesel-Skandal ruchbar wurde, hatte man mit dieser Taktik ja selbst Greenpeace schon ruhiggestellt. Wer das heute noch einmal nachliest, weiß jedenfalls, dass Zynismus grenzenlos sein kann.

Volkswagen-Kunden dürften sich jedenfalls die Augen reiben: Sie sind nicht nur einmal, sondern zweimal beschissen worden. Erst hat man ihnen betrügerische Autos verkauft – und jetzt kriegen Sie vom Chef persönlich auch noch einen Tritt hinterher. Matthias Müller wird jetzt allenthalben als „mutig“ gelobt, ist also auf dem Weg zu so einer Art Auto-Obama. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis er einen Preis für Zivilcourage erhält.

Übernommen von ACHGUT hier